



Rede wurde zu Protokoll gegeben!

Kiel, 24. April 2013

TOP 36 + 53: Bericht zum Hochschulpakt II / Für eine dritte Programmphase des Hochschulpaktes 2020 (Drucksachen 18/381, 18/718, 18/738)

Martin Habersaat

Wer mehr Studienanfänger hat, braucht auch mehr Geld

Der Bericht der Frau Ministerin zeigt erneut, auf welch dünnem Eis sich alle bewegen, die versuchen, Bedarfsprognosen zu erstellen. Man kann zwar die Bevölkerungsentwicklung innerhalb der verschiedenen Altersgruppen einigermaßen präzise voraussagen, aber dass die jungen Menschen sich dann so überhaupt nicht an die mit so viel Mühe und Sorgfalt erstellten Prognosezahlen halten, ist schon sehr rücksichtslos von ihnen und zeugt von mangelndem Respekt vor der Arbeit unserer Statistiker.

Schon in der ersten Phase des Hochschulpaktes haben sich plötzlich doppelt so viele Studienanfänger in die Hochschulen gedrängelt wie ursprünglich angenommen. In Schleswig-Holstein herrschte wenigstens Zucht und Ordnung; eine Überschreitung der Prognose um 49 zusätzliche Studierende kann man ja noch durchgehen lassen.

Aber das Maß ist voll, wenn jetzt plötzlich über 600.000 zusätzliche Studierende bundesweit an den Hochschulen auflaufen, während diese ja nur mit 275.000 gerechnet haben. Das wirft natürlich alle Maßnahmen über den Haufen, die die Hochschulen aufgrund der bisherigen Projektionen ergriffen haben.

Auch wenn diese zusätzliche Welle an Studierenden die Hochschulen hart trifft, ist das nicht die Sintflut; für unsere Gesellschaft ist es eher die Nilschwemme, auf die sich die Ägypter jedes Jahr gefreut haben. Denn man kann es nicht oft genug sagen: Deutschland braucht mehr Leute mit einer Hochschulqualifikation. Wir brauchen sie auch und gerade aus Familien, in denen für

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

frühere Generationen höhere Bildungsabschlüsse nicht erreichbar waren, nicht weil es an der Intelligenz mangelte, sondern weil das nötige Kleingeld fehlte.

Jenseits der bekannten Faktoren wie dem Wegfall von Wehrdienst und Zivildienst und dem doppelten Abiturjahrgang ist es eine gute Nachricht, dass sich immer mehr junge Frauen und Männer dazu entschließen, ein Studium aufzunehmen. Dass die Hochschulen diesen Zuwachs nicht mit Bordmitteln bewältigen können, versteht sich von selbst, und es ist deshalb eine uneingeschränkt gute Nachricht, dass die gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vor 14 Tagen die Mittel des Hochschulpaktes um knapp viereinhalb Milliarden Euro erhöht hat.

Die Hochschulen unseres Landes bekommen offenbar wiederum nur ein kleines Rinnsal dieser Springflut ab und müssen wohl nur 200 Studierende mehr aufnehmen, als ursprünglich vorausgesagt wurde. Die Konsequenzen für den Landeshaushalt halten sich nach den Zahlen, die Frau Wende genannt hat, mit rund zehn Millionen Euro in hantierbaren Grenzen.

Diese Einigung zwischen Bund und Ländern stimmt mich optimistisch, dass es uns auch gelingen wird, einen Hochschulpakt III abzuschließen, für den sich der Bildungsausschuss in seltener Einstimmigkeit ausgesprochen hat.

Ich bitte die Landesregierung, uns im Bildungsausschuss regelmäßig über weitere Entwicklungen und Fortschritte im Bereich der Hochschulfinanzierung zu unterrichten.